

Nr. 26/11 vom 09.06.2026

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

**Das Gebäudemodernisierungsgesetz:
Zwischen klimapolitischer Notwendigkeit und ökonomischer Realität**

Berlin, 8. Juni 2026 – Die Debatte um die zukünftige Wärmeversorgung geht in eine neue Runde. Mit dem Entwurf des Gebäudemodernisierungsgesetzes liegen nun die konkreten Pläne auf dem Tisch, die nicht nur die nationalen Regelungen neu ordnen, sondern auch die Vorgaben der EU-Gebäuderichtlinie integrieren müssen. Wesentliche Änderungen sind die Ablösung der 65-Prozent-Regel durch die „Biotreppe“, die Einführung des EU-Nullemissionsstandards für Neubauten, die verpflichtende netzdienliche Steuerbarkeit von Verbrauchseinrichtungen, die Deckelung der Umlagefähigkeit für Brennstoff-Mehrkosten aus der Biotreppe sowie die Neuregelung der Energieausweise. In diesem Zusammenhang diskutierte das Forum für Zukunftsenergien mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft, welche Auswirkungen die Neuerungen auf die Marktakteure haben und welche Konsequenzen sich daraus für die Praxis ergeben.

Christian Stolte, Bereichsleitung im Fachbereich Klimaneutrale Gebäude (KNG) bei der Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) gab in seinem einführenden Vortrag einen Überblick über das geplante Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) und stellte die Analysen der dena zu Energiepreisen sowie zu grünen Gasen und Ölen im Gebäudebereich vor. Stolte legte dar, dass das Gesetz auf eine flexiblere und technologieoffene Ausgestaltung mit dem Fokus auf die CO₂-Minderung setze. Dies beinhalte unter anderem, dass neue öffentliche Nichtwohngebäude ab 2028 und neue Wohngebäude ab 2030 als Nullemissionsgebäude errichtet werden müssten. Ebenfalls seien Anpassungen bei der kommunalen Wärmeplanung, dem Fernwärmeausbau und den Energieausweisen geplant. Zwar könnten weiterhin Gas- und Ölheizungen eingebaut werden, diese müssten künftig jedoch anteilig mit erneuerbaren Brennstoffen wie Biomethan und Biodiesel betrieben werden. Stolte führte aus, dass für die erste Stufe der sogenannten Biotreppe genügend Biomethan zur Verfügung stehe. Der Biogasbedarf werde jedoch danach die inländischen Potenziale übersteigen. Die Biotreppe könne eine so hohe Nachfrage erzeugen, dass Deutschland auf Importe angewiesen sein werde. Es sei daher unerlässlich, sich frühzeitig mit Biogasimporten auseinanderzusetzen, um den Bedarf im Jahr 2045 zu decken. Sollte der Gasverbrauch im besten Szenario stark sinken, führe der Betrieb des Gasnetzes für nur noch geringe Gasmengen zu extrem hohen Netzentgelten für die verbleibenden Verbraucher. Zudem kämen grüne Gase und Öle auch in anderen Verbrauchssektoren zum Einsatz und seien dort für die Dekarbonisierung essenziell. Dies führe voraussichtlich zu Nutzungskonkurrenzen und erhöhten Preisen, warnte Stolte. Geopolitische Schocks zeigten durch steigende fossile Energiepreise die Konsequenzen einer fossilen Abhängigkeit auf. Aktuelle Preisprognosen für fossile Energieträger inklusive biogener Beimischungen seien daher nur als Untergrenze zu verstehen. Die CO₂-Bepreisung, die Biotreppe sowie die Grüngas- und Grünheizölquoten dürften die Kosten fossiler Neuinstallationen perspektivisch zusätzlich erhöhen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten **Jonas Fritz**, Senior Manager Energiepolitik bei STEAG GmbH / Iqony GmbH, **Ernst-Moritz Bellingen**, Leiter Wärmemarkt bei

en2x, und **Christian Stolte** unter der Moderation von **Ulrike Drachsel**, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien die Auswirkungen des Entwurfs des Gebäudemodernisierungsgesetzes.

Bellingen kritisierte die geplante Ausgestaltung der Biotreppe. Die Verpflichtung ab 2029 direkt beim einzelnen Endverbraucher anzusetzen, erzeuge einen immensen und kaum kontrollierbaren bürokratischen Aufwand. Daher plädierte er für eine unbürokratische Upstream-Quote für die Inverkehrbringer sowie eine bilanzielle Erfüllung über den Handel mit Herkunftsnachweisen. In Bezug auf die Kostenverteilung der Biotreppe warnte Bellingen vor einer unkalkulierbaren finanziellen Doppelbelastung für Vermieter, wenn diese neben den Investitionen in moderne Anlagen auch noch an den laufenden Verbrauchskosten beteiligt würden, auf die sie über das Heizverhalten der Mieter keinen Einfluss hätten. Fritz beanstandete, dass die Fernwärme durch die Biotreppe eine subventionierte Erfüllungsoption als neuen Konkurrenten erhalte, wodurch die Balance zwischen Wärmepumpe und Fernwärme aus dem alten Gebäudeenergiegesetz in Unwucht gerate. Weiter bemängelte er, dass Wärme auf Basis von Gewerbeabfall und Grubengas nicht im Entwurf enthalten sei, weshalb eine dringende Synchronisierung mit dem Wärmeplanungsgesetz (WPG) notwendig sei. Um die Transformation bei unschlüssigen Kunden dennoch kosteneffizient zu unterstützen, forderte Fritz die Einführung einer speziellen „Fernwärme-Ready-Förderung“. In Bezug auf die für die Biotreppe benötigten Ressourcen waren sich die Diskutanten auf dem Podium darüber einig, dass es einen klaren Qualitätssicherungsmechanismus für den Import von Biogas brauche. Nur so könne sichergestellt werden, dass importierte Mengen die strengen Nachhaltigkeitskriterien erfüllten und sogenannte Doppelzählungen oder Herkunftstäuschungen effektiv ausgeschlossen würden. Auf CO₂-Vermeidungslogik und Umsetzbarkeit angesprochen, erläuterte Oskar Obarowski (E.ON SE) aus dem Auditorium heraus das taggleich erschienene, gemeinsame Positionspapier gegen die Grüngasquote. Auf Einladung der Moderatorin nahm er damit direkt Stellung zu der Frage, wie die Erfüllungsoptionen der Biotreppe ohne eine verbindliche Quote für Lieferanten umgesetzt werden könne. Obarowski gab zu bedenken, dass die Energiewende kapitalintensiv sei. Es funktioniere daher kaum, gleichzeitig in ein flächendeckendes Erdgasnetz und in den Stromnetzausbau zu investieren. Vielmehr müsse priorisiert und entschieden werden, in welchen Bereich man kurz- und in welchen langfristig investiere. Da es aktuell noch keinen ausgereiften Biogasmarkt gebe, stelle insbesondere die fehlende Infrastruktur eine Herausforderung dar. Durch das Gebäudemodernisierungsgesetz würden nun jedoch neue Handlungsoptionen eröffnet, weshalb die Frage nach dem künftigen Infrastruktur- und Marktaufbau systemisch beantwortet werden müsse. Die Diskussion zeigte, dass die erfolgreiche Umsetzung des Gebäudemodernisierungsgesetzes noch erhebliche Detailfragen aufwirft. Stolte plädierte dafür, die theoretische Diskussion hinter sich zu lassen und den Fokus stattdessen direkt auf das jeweilige Gebäude und dessen Gesetzeskonformität zu richten.

Wir danken der Robert Bosch GmbH für die Gastfreundschaft!

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der [Website](#) (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Veranstaltungshinweis



The banner features a blue and white background with a grid pattern. On the left, the text reads: 'Energiewende 2.0 - Quo vadis zwischen Klimaschutz und Industriepolitik' in red and black, followed by '24. Juni 2026 | Tagungswerk'. In the center, there is a white button with the text 'Jetzt kostenfrei anmelden'. On the right, the logo for 'Zukunfts Forum Energiewende' is displayed, with 'Zukunfts' and 'Forum' in black and 'Energiewende' in red, accompanied by a red dot and a circular graphic element.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
www.zukunftsenergien.de
LinkedIn [@FfZeV](#)